

MANIFEST FÜR EINEN  
FEMINISTISCHEN  
KANTON ZUG

# MEHR LOHN, MEHR ZEIT, UND RESPEKT

8. März 2021

Frauen\*streik Zug



# Inhalt

EINLEITUNG .....	2
ÖKONOMISCHE SITUATION .....	3
ARBEITSSITUATION FRAUEN* .....	3
LOHNUNGLEICHHEIT .....	3
UNTERBEZAHLTE FRAUEN*BERUFE .....	4
CARE ÖKONOMIE: OHNE UNS STEHT ALLES STILL .....	5
UNBEZAHLTE CARE-ARBEIT .....	5
PFLEGE .....	6
KINDERBETREUUNG .....	7
CARE MIGRATION .....	7
SEXISMUS .....	7
SEXISMUS IN DEN INSTITUTIONEN .....	7
SEXISMUS IM BILDUNGSSYSTEM .....	7
SEXISMUS IN DEN MEDIEN .....	8
SEXISMUS IN DER ETABLIERTEN POLITIK .....	9
QUEERFEMINISMUS .....	9
GEWALT AN FRAUEN* .....	11
INTERSEKTIONALITÄT: RASSISMUS UND SEXISMUS .....	12
PINK TAX .....	12
PARTIZIPATION .....	13
GESCHICHTE DER VERHINDERUNG DES ZUGER FRAUEN*STIMM- UND –WAHLRECHTS .....	13
VERTRETUNG IN DER POLITIK .....	14
VERTRETUNG IN DER WIRTSCHAFT .....	14
VERTRETUNG IN DER KULTUR .....	15
FORDERUNGEN .....	16
ÖKONOMISCHE SITUATION .....	16
SEXISMUS .....	18
PARTIZIPATION .....	20
LITERATURVERZEICHNIS .....	22

## EINLEITUNG

Wir, das Frauen\*streikkollektiv Zug, machen den Kanton Zug feministisch.

Das Jahr 2021 steht im Zeichen von 50 Jahre Frauen\*stimm- und -wahlrecht sowie 30 Jahre Frauen\*streikbewegung. Leider haben wir trotz allem noch lange keine echte Gleichstellung erreicht und kämpfen deshalb entschlossen weiter. Bereits 2019 versammelten sich über 700 Zuger Frauen\* und solidarische Männer\* in Zug und marschierten für echte Gleichstellung. Das Frauen\*streikkollektiv Zug übergab der Zuger Regierung eine Petition all unserer feministischen Forderungen. Bis jetzt blieben diese Forderungen ungehört.

Dieses heutige Manifest ist eine Vision für die feministische und progressive Politik im Kanton Zug. Unsere Analyse und Forderungen müssen wegweisend sein für die Zuger Gleichstellungspolitik der nächsten Jahre. Mit diesem Manifest führen wir unser Engagement für einen feministischen Kanton Zug weiter.

Die Corona-Pandemie hat nichts an der Dringlichkeit der Forderungen des Frauen\*streiks geändert. Sie hält uns nicht davon ab, aktiv zu sein, sondern bestärkt die feministischen Bewegungen der Schweiz darin, weiterzukämpfen. Gerade die *systemrelevante* Arbeit, die zu einem Grossteil von Frauen\* geleistet wird, wird zwar langsam in den Köpfen anerkannt, aber noch lange nicht finanziell. Ausser Applaus hat sich nichts getan. Die Frauen\* tragen in jeglicher Hinsicht die Last der Pandemie, sowohl privat als auch beruflich.

Zu all dem hat der Ständerat jüngst entschieden, mit dem Projekt AHV21 das Rentenalter der Frauen\* zu erhöhen und die Frauen\*renten zu kürzen. Dies zeigt uns, wie wichtig es ist, weiterzukämpfen. Wir sagen Nein zum Projekt AHV21. Wir sagen «Hände weg von unserer Rente!». Wir werden diesen Rückschritt nicht hinnehmen. Wir fordern Fortschritt.

Wir, das Frauen\*streikkollektiv Zug, fordern die sofortige Anerkennung unserer Arbeit. Wir fordern «Gleichstellung jetzt» für die Zuger Frauen\*! Wir fordern endlich ein Ende der ökonomischen Ausbeutung von Frauen\*, ein Ende von Sexismus in all seinen Facetten und Erscheinungsformen und eine repräsentative Vertretung der Frauen\* in der Zuger Gesellschaft. Wir Frauen\* gehören zu Zug, das ist unser Kanton, unser Zuhause. Wir kämpfen für mehr Lohn, mehr Zeit und Respekt.

Hinweise zur Sprache und Schreibweise:

Mit dem Gender-Stern \* weisen wir darauf hin, dass unser Geschlechtersystem nicht binär ist und eine Einteilung in «männlich» und «weiblich» nicht der Realität entspricht.

## ÖKONOMISCHE SITUATION

### ARBEITSSITUATION FRAUEN\*

Weltweit erhalten Frauen\* weniger als einen Viertel des Erwerbseinkommens (1). Vom Vermögen besitzen Frauen\* gerade mal 1% (2). In der Schweiz sieht die Situation nicht sehr anders aus. Die ökonomische Ungleichheit ist und bleibt ein Problem, gegen welches zu wenig vorgegangen wird. Die Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern ist kein Zufall und beruht auf der historischen Benachteiligung und der Ausbeutung der Arbeitskraft der Frauen\*. Es ist Zeit, der ökonomischen Ungleichheit und der ökonomischen Diskriminierung der Frau\* ein Ende zu setzen.

---

### LOHNUNGLEICHHEIT

In Artikel 8 Absatz 3 der Bundesverfassung ist die Gleichstellung von Mann\* und Frau\* verankert. Das Ziel des Gesetzesartikels ist es, die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung in Familie, Ausbildung und Arbeit zu erreichen. Ein Kernelement davon ist, dass Mann\* und Frau\* den Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit haben. Die Lohnungleichheit ist leider bis heute nicht umgesetzt. So verdienen Frauen\* laut dem Bundesamt für Statistik fast einen Fünftel weniger als Männer\*. Die Schweiz gehört somit zu den fünf Ländern Europas mit dem grössten Einkommensgefälle zwischen den Geschlechtern (3). Nach der Berechnung der feministischen Fakultät werden jedes Jahr mindestens 100 Milliarden Franken den Frauen\* in der Schweiz bzw. 3.6 Milliarden im Kanton Zug nicht bezahlt, obwohl sie gleich viele Stunden arbeiten wie die Männer\* (3). Dies liegt daran, dass Frauen\* generell schlechter bezahlt werden und mehr unbezahlte Arbeit leisten (3). Somit wird der Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit in der Schweiz definitiv nicht erfüllt.

Ein Teil der Faktoren, die zur Lohnungleichheit führen, werden als «erklärbare Faktoren» bezeichnet, darunter berufliche Stellung, Ausbildung und Branche. Doch auch die erklärbaren, objektiven Faktoren beruhen auf der historischen Benachteiligung und der ökonomischen Diskriminierung der Frauen\* (4). Die fehlende Wertschätzung von Frauen\* beginnt bereits mit der geschlechterspezifischen Sozialisierung. Frauen\* fehlen nicht die Eigenschaften, um in hochbezahlte Kaderpositionen zu gelangen, jedoch werden diese Eigenschaften bei Frauen\* als negativ bewertet. Da der Haushalt und die Betreuung der Kinder immer noch Aufgaben sind, welche vor allem von Frauen\* wahrgenommen werden, benötigen sie eine Arbeitsstelle, welche die Vereinbarung von Beruf und Familie ermöglicht. Dies ist eine Hürde, welche Männer\* nicht nehmen müssen. Zusätzlich führt auch die fehlende Repräsentation von Frauen\* in gutbezahlten Branchen dazu, dass weiterhin das Bild vermittelt wird, dass «Frauen\* dort nicht hingehören». Auch die sogenannten erklärbaren und objektiven Faktoren der Lohnungleichheit beruhen also durchaus auf den sexistischen Strukturen unserer Gesellschaft.

Die Verfassung des Kantons Zug fügt in Artikel 5 Absatz 2 hinzu, dass der Kanton die Verwirklichung der tatsächlichen Gleichstellung von Mann\* und Frau\* fördert. Jedoch hat der Kanton Zug sehr wenig zur Umsetzung dieses Artikels beigetragen: Das Zuger Büro für Gleichstellung von Frau\* und Mann\* wurde 1995 nach nur vier Jahren wieder abgeschafft und die 1998 einberufene Gleichstellungskommission wurde 2010 ebenfalls aufgehoben (5). Mehrere Organisationen und Privatpersonen haben sich vor Bundesgericht erfolgreich dagegen gewehrt, woraufhin der Kanton Zug verpflichtet wurde, einen Ersatz für die Gleichstellungskommission zu finden. Daraufhin wurde der «Massnahmenplan Gleichstellung» in Kraft gesetzt. Sowohl für den Zeitraum von 2016 bis 2018

wie auch neu für den Zeitraum von 2019 bis 2022 wurden Massnahmen und ihre mögliche Überprüfung festgelegt. Eine erneute Beschwerde vor Bundesgericht wurde abgewiesen. Der Zuger Kantonsrat versenkte weitere Vorstösse für eine zuständige Stelle als «nicht erheblich». Eine öffentliche Institution gibt es bis zum heutigen Zeitpunkt nicht. Mit Ernüchterung stellen wir bereits seit über zehn Jahren Stillstand fest. Schweizweit gehört der Kanton Zug somit auch weiterhin zu den beschämenden Schlusslichtern in Sachen Gleichstellung.

Die Massnahmen und die dazu vorhandenen Mittel sind praktisch nicht existent. So hat das Personalamt aufgrund fehlender personeller und finanzieller Mittel darauf verzichtet, am vorgesehenen Bundesprogramm «Engagement Lohngleichheit» teilzunehmen (Überprüfung der Massnahmenumsetzung 2018). Die Regierung schreibt, dass die Massnahmen ohne Mehrkosten umgesetzt werden und keine zusätzlichen Stellenprozente gesprochen wurden (6). Die Wirksamkeitsprüfung wurde zuletzt auf dem Zirkularweg erledigt. Es ist deshalb wenig erstaunlich, dass bei der Überprüfung der Umsetzung festgestellt werden musste, dass bei keiner Massnahme das Ziel vollständig erreicht werden konnte. Dennoch wurde auf eine Anpassung des Massnahmenplans 2019 – 2022 verzichtet. Die geplanten Massnahmen (spezifisch Lohnungleichheit) für 2019-2022 sind die Aktualisierung und Ergänzung der Datenbasis des Lohnsystems, mit dem Ziel, einen Lohnvergleich durchführen zu können und eventuelle die Erkenntnisse zu evaluieren.

Ein weiterer limitierender Faktor des Massnahmenplans ist, dass sich dieser grösstenteils auf Kantonsangestellte und den Kanton als Arbeitgeber konzentriert. Um gegen Lohnungleichheit vorzugehen, benötigt es allerdings Massnahmen, welche die ganze Bevölkerung des Kanton Zugs erreichen. Denn wie man bei der Lohnstrukturerhebung des Bundesamtes für Statistik und deren Auswertung auf der Website der Fachstelle für Statistik des Kanton Zugs gut erkennen kann, betrifft die Lohnungleichheit alle. «Bei gleicher Bildung und gleicher beruflicher Stellung haben Frauen\* einen tieferen monatlichen Bruttolohn als ihre männlichen Kollegen. Der Lohnunterschied wird mit zunehmender beruflicher Stellung grösser. Im obersten, oberen und mittleren Kader ist der mittlere Lohn von Männern\* um 26 Prozent höher als der mittlere Lohn von Frauen\*.» (7) Lohngleichheit kann nur mit umfassender Gleichstellung tatsächlich erreicht werden.

---

#### UNTERBEZAHLTE FRAUEN\*BERUFE

Nach dem Bericht der feministischen Fakultät verdienen Frauen\* durchschnittlich 19.5 Prozent weniger pro Erwerbsstunde als Männer\* (3). Berufe, welche traditionell vor allem von Frauen\* ausgeübt werden, sind in der Regel schlechter bezahlt als Berufe, welche vor allem von Männern\* ausgeübt werden. Diese Tätigkeiten werden als weniger anspruchsvoll und wertvoll angesehen, obwohl unsere Gesellschaft ohne sie nicht funktionieren würde. Trotzdem wird ihnen nicht die Anerkennung und der Lohn entgegengebracht, welche sie verdienen. Die Arbeit und die damit verbundene physische und emotionale Belastung werden als selbstverständlich angesehen. Somit werden auch die schlechten Arbeitsbedingungen, bspw. kein garantiertes Pensum und keine geregelten Arbeitszeiten, als notwendiges Übel der zu verrichtenden Arbeit angesehen.

Berufe verlieren erst an Anerkennung und werden schlechter bezahlt, wenn vermehrt Frauen\* beginnen darin zu arbeiten (8). Ein Beispiel dafür ist der Lehrberuf. Früher war dies ein Männer\*beruf, welcher hochanerkannt und gut bezahlt war. Heutzutage arbeiten vor allem Frauen\* darin und seither ist der Lohn massiv gesunken. Ein anderes Beispiel, welche die Entwicklung in die andere Richtung zeigt, ist der Informatikberuf. Früher ein schlecht bezahlter Frauen\*beruf, gewann

er mehr und mehr an Prestige als mehr Männer\* begannen darin zu arbeiten. Frauen\* suchen sich nicht schlechter bezahlte Berufe, sondern die Arbeit von Frauen\* bekommt schlichtweg nicht den gleichen Respekt und dieselbe Wertschätzung, und dies wird im Lohn reflektiert.

Dazu kommt, dass klassische Frauen\*branchen historisch kaum gewerkschaftlich organisiert sind. Der tiefe Organisationsgrad lässt sich darauf zurückführen, dass die Organisierung der Frauen\* lange nicht im machtpolitischen Interesse der Gewerkschaften lag. Frauen\* waren in Gewerkschaften lange nicht zugelassen, da es den Männern\* vor allem darum ging, den «Ernährerlohn» zu verteidigen und Frauen\* als Konkurrenz gesehen wurden. Dies ist bis heute noch gut ersichtlich, da zum Beispiel in der Pflege nur 7% der Angestellten organisiert sind, während es im Baugewerbe 70% der Angestellten sind. Gegen die enorme Flexibilität und die gesundheitsschädigende Arbeitsbelastung kann deswegen auch nur ungenügend vorgegangen werden.

## CARE ÖKONOMIE: OHNE UNS STEHT ALLES STILL

### UNBEZAHLTE CARE-ARBEIT

Ob wir auf der Baustelle, in der Kinderkrippe, im Büro, im (fremden) Privathaushalt, im Bordell, in der Schule, im Flugzeug oder auch im eigenen Haushalt arbeiten – unsere Arbeit ist mehr wert als das, was wir dafür bekommen. Dieser mangelnde Respekt und die fehlende Anerkennung manifestieren sich in einem extremen Lohngefälle, welches sich nur durch sexistische und rassistische Gründe erklären lassen. Dies gilt insbesondere für die Haus- und Sorgearbeit: Gerade mal 10% der in der Schweiz geleisteten Care-Arbeit werden entlohnt. Die restlichen 90% dieser Arbeiten werden nicht bezahlt – und über zwei Drittel dieser nichtbezahlten Arbeiten werden von Frauen\* geleistet. Kurz: Die Haus- und Sorgearbeit hält das kapitalistische Wirtschaftssystem aufrecht. Die Care-Arbeit subventioniert die gesamte Wirtschaft – und nicht umgekehrt.

Ein weiterer Faktor ist die Doppelbelastung, welche die Kinderbetreuung und der Haushalt zusätzlich zur Erwerbstätigkeit mit sich bringen. Auch heute noch sind vor allem Frauen\* für die unbezahlte Care-Arbeit verantwortlich. Diese Arbeit ist wichtig und unsere Gesellschaft könnte ohne sie nicht funktionieren. Aber da sie nicht als «richtige» Arbeit betrachtet wird, ist sie weiterhin unbezahlt. Das, obwohl nach den Zahlen der feministischen Fakultät arbeitende Frauen\* mindestens 1 Milliarde Stunden in die direkte Betreuung der Kinder investieren und zusätzlich zu ihrer Erwerbsleistung 248 Milliarden Franken an unbezahlter Arbeit leisten (3).

Dazu kommt, dass die Anzahl Wochen Mutterschaftsurlaub im Vergleich zu anderen Ländern sehr tief und die Ausgaben für Kinderbetreuung sehr hoch sind. Eine Durchschnittsfamilie gibt fast einen Drittel des Haushaltseinkommen für externe Kinderbetreuung aus. Die Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigen, dass die Schweiz damit das teuerste Kinderbetreuungssystem in den von den OECD analysierten Ländern hat (9). Die einzige Möglichkeit für Frauen\*, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, ist, Teilzeit zu arbeiten. Dies wird durch die Zahlen der Fachstelle für Statik Zug bestätigt, bei denen sich zeigt, dass die Hälfte der erwerbstätigen Frauen\* im Kanton Zug in Teilzeit angestellt sind (10) und 10% der Frauen\* im Kanton Zug als nichterwerbstätige Hausfrauen\* tätig sind. Im Vergleich dazu: Nur ein halbes Prozent der Männer\* im Kanton Zug sind als nichterwerbstätige Hausmänner\* tätig. Dass Frauen\* vor allem Teilzeit angestellt sind, hat auch negative Auswirkungen auf die AHV und die Rente, welche nicht auf typische Beschäftigungen wie Teilzeitarbeit, befristete und projektbasierte Stellen ausgerichtet ist.

Dies zeigt sich darin, dass die durchschnittliche Pensionskassenrenten der Frauen\* mit 13'980 Franken pro Jahr nur halb so hoch ist wie die der Männer\* mit etwa 26'604 Franken (11). Da Frauen\* weniger Lohn durch Erwerbsarbeit bekommen, bedeutet dies weniger Einzahlungen in die 1. und die 2. Säule, und weniger Chancen, privat in der 3. Säule vorzusorgen. 40% der Frauen\* haben keine 2. Säule (12). Somit ist nicht überraschend, dass Altersarmut oft weiblich ist. Es sind fast doppelt so viele Frauen\* wie Männer\* auf Ergänzungsleistungen (EL) angewiesen. Dies bedeutet für viele Frauen\*, dass sie im Alter unter anderem oft auf Mobilität oder die Teilnahme am kulturellen Leben verzichten müssen.

---

## PFLEGE

Es sind überwiegend Frauen\*, die in den Pflegeberufen arbeiten. Durch die Pandemie und fehlendes Personal hat sich die bereits vorher bestehende körperliche, psychische und emotionale Belastung noch verstärkt. Der Fachkräftemangel ist schon lange bekannt und eng verknüpft mit den schlechten Arbeitsbedingungen.

Der Versorgungsbericht von OdASanté und der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) (13) zeigt: Bis zum Jahr 2030 werden zusätzlich 65'000 qualifizierte Pflegenden (Pflegefachpersonen und FaGe) benötigt. Die Ausbildungsversäumnisse in der Schweiz können in Zukunft nicht mehr durch ausländische Fachpersonen aufgefangen werden. Gemäss den Zahlen der OECD beschäftigt kein westliches Land mehr im Ausland ausgebildetes Pflegefachpersonal als die Schweiz (36,3% gemäss BFS (14)). Der Pflegenotstand ist daher vielerorts bereits Realität. Im Juli 2020 waren über 7900 Stellen für Pflegefachpersonen offen (15). Noch kompensiert das bestehende Pflegefachpersonal die unbesetzten Stellen. Doch sie arbeiten zunehmend unter Bedingungen, die es ihnen verunmöglichen, die ihnen anvertrauten Patient\*innen so zu pflegen, wie diese es benötigen. Als Folge verlassen viele ihren Beruf. Fast die Hälfte des ausgebildeten Pflegefachpersonals (46%) steigt während des Erwerbslebens aus dem Beruf aus. Davon ist ein Drittel jünger als 35 Jahre. Ein wichtiger, erklärender Faktor für den Berufsausstieg ist die emotionale Erschöpfung respektive Burnout.

Fehlendes Pflegepersonal bedeutet zudem, dass die Angehörigen vermehrt Pflege übernehmen müssen, was wiederum vor allem Frauen\* betrifft und die unbezahlte Care-Arbeit fördert.

Dazu kommt, dass in der Pflege Familie und Beruf kaum vereinbar sind, unter anderem weil die Kinderkrippen und die schulergänzende Betreuung auf geregelte Arbeitszeiten, meist von sieben bis 18 Uhr, ausgerichtet sind. Die starren Strukturen ermöglichen es kaum bis gar nicht, einen Betreuungsplatz ausserhalb dieser Zeiten oder einen kurzfristigen Betreuungsplatz zu erhalten.

Doch Pflegenden arbeiten nicht nur in der Pflege, weil sie gerne zu anderen schauen oder weil sie es lieben zu pflegen, sie erwarten auch einen anständigen Lohn. In der Krise haben wir gesehen, wie unersetzlich diese Arbeit ist, doch anstatt sie besser zu bezahlen, klatscht die Schweizer Öffentlichkeit nur. Es zeigt sich in der Pandemie, wie wenig der Pflegeberuf politisch wertgeschätzt wird. Für das Militär werden Milliarden ausgegeben, für das Pflegepersonal hat es nicht einmal genügend Schutzmaterial. Während einem Coronausbruch in einer Institution konnte während der 2. Welle nicht einmal auf Militärsanitäter\*innen zurückgegriffen werden, die das Pflegepersonal direkt auf Ebene der Bewohner\*innen, Klient\*innen und Patient\*innen hätten unterstützen können. Es hat sich gezeigt, dass die Hauptlast und das gesundheitliche Risiko in dieser Pandemie vor allem von Frauen\* getragen werden, sei es in den Care-Berufen, Zuhause oder im Niedriglohnssektor.

---

## KINDERBETREUUNG

Die Kinderbetreuung in der Schweiz ist weitgehend in privaten Händen. Gewinnorientierte Kitaketten konkurrieren auf dem Markt um Kitaplätze und müssen mit möglichst geringen Kosten viele Kinder betreuen. Die Arbeitsbedingungen sind dementsprechend schlecht und mehrjährige Vorlehr-Praktika sind zur Regel geworden. Die finanzielle Unterstützung durch Bund und Kantone ist dürftig. Die Hauptkosten tragen die Eltern. Auch die schulergänzende Betreuung (Horte) wird nicht verschont von Sozialabbau und Sparmassnahmen. Die Leidtragenden sind die angestellten Kinderbetreuer\*innen, die Kinder und die Eltern.

---

## CARE MIGRATION

Hierzulande werden Diplome und Ausbildungen anderer Länder selten anerkannt. So sind die Arbeitsbereiche von Migrant\*innen oft auf Haushalt und Pflegeberufe beschränkt. Dort kümmern sie sich um Kinder, um alte Menschen und um den Haushalt anderer Leute, wobei ihre Arbeit «unsichtbar» gemacht wird und dementsprechend nicht anerkannt und nicht wertgeschätzt wird. In manchen Fällen stehen diese Migrant\*innen 24 Stunden am Tag zur Verfügung. Manche Frauen\* arbeiten auch ohne legalen Aufenthaltsstatus. Durch diese Arbeit wird anderen Frauen\* ermöglicht, arbeiten zu gehen und allenfalls Karriere zu machen. Migrant\*innen, die in Care-Berufen tätig sind, werden in keinsten Weise durch das Arbeitsrecht oder andere Mechanismen geschützt. So sind sie ganz besonders von der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft betroffen.

# SEXISMUS

## SEXISMUS IN DEN INSTITUTIONEN

---

### SEXISMUS IM BILDUNGSSYSTEM

Wir unterstützen eine Bildung, die nicht auf Geschlechtsstereotypen aufbaut. In der Schule muss über queere Sexualität und Geschlechteridentitäten aufgeklärt werden. Den Schulen kommt die Aufgabe zu, einen umfassenden zeitgemässen Sexualkundeunterricht zu gewährleisten. Einerseits tragen Fachlehrpersonen im Naturlehrunterricht dazu bei, indem sie queere (A-)Sexualitäten unterrichten und andererseits Klassenlehrpersonen, indem sie die verschiedenen Geschlechteridentitäten im Lebenskundeunterricht thematisieren. Das angestrebte Ziel ist der Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung sowie die Förderung und Entfaltung der Zuger Schüler\*innen. Es ist sehr wichtig, dass Zuger Schüler\*innen in dem Bewusstsein aufwachsen, dass jede\*r anhand seiner\*ihrer persönlichen Fähigkeiten der Weg offensteht, unabhängig des ihnen zugewiesenen Geschlechts. Den Schulen kommt die Aufgabe zu, jedes einzelne Kind nach dessen Fähigkeiten zu fördern.

Teil des Sexualunterrichts muss heute zwingend die Konsens-Kultur und die Thematisierung von sexualisierter Gewalt sein. Indem Schüler\*innen dazu befähigt werden, ihre Bedürfnisse und Grenzen in Worte zu fassen, damit aufwachsen, dass beim Sex nur «Ja heisst Ja» gilt und sexuelle Handlungen immer nur im Konsens erfolgen dürfen, tragen sie massgeblich zu einer gleichgestellten Zukunft bei. Gleichzeitig lernen die Schüler\*innen, dass Handlungen, welche nicht im Konsens passieren, Schuld

des Täters\* oder der Täterin\* sind und niemals mit dem Verhalten oder der Kleidung des Opfers legitimiert werden dürfen.

Frauen\* werden mit dem gängigen Sprachgebrauch zu wenig abgebildet und sind zu oft nicht erwähnt aber "mitgemeint". Wir brauchen eine starke feministische Linguistik. Auch hier kommt den Zuger Schulen als öffentliche Institution eine zentrale Aufgabe zu. Unsere Schüler\*innen verbringen den grössten Teil ihrer Zeit in der Schule, wobei der Sprachgebrauch an der Schule einen massiven Einfluss auf ihre Entwicklung nimmt.

Schulen führen ihre Listen mit einem binären System, wobei alle Schüler\*innen einem binären Geschlecht zugeordnet werden. Einen neutralen Geschlechtseintrag (Geschlecht X) gibt es nicht. Darunter leiden zunehmend Schüler\*innen, die sich nicht einem binären Geschlecht zuordnen.

Den Schulen und insbesondere den Schulsozialarbeitenden kommt die immens wichtige Aufgabe zu den Bereich Prävention darauf auszurichten, dass Schüler\*innen eine Anlaufstelle bei Fragen, Unsicherheiten und Diskriminierung bezüglich ihrer Sexualität oder Geschlechtsidentität kennen und dort eine professionelle Unterstützung erfahren.

Die Reproduktion sexistischer Rollenbilder beginnt früh, indem die Bezugspersonen von Kindern deren Vorlieben auf geschlechtsspezifische Weise formen. Um dem entgegenzuwirken, kommt den Lehrpersonen eine wichtige Aufgabe zu, indem sie Rollenbilder im Unterricht thematisieren. Frauen\* müssen in den verschiedenen Fächern als historische Figuren und Vorbilder im Unterricht behandelt werden, da die entsprechende Literatur durchaus vorhanden wäre. Leider wird noch immer die geschichtliche Rolle der Frau\* in Wissenschaft und Gesellschaft zu wenig anerkannt. Auf kantonaler Ebene können Lehrpersonen ihren Unterricht neu ausrichten, indem sie ganz pragmatisch jedes männliche Beispiel mit einem weiblichen ergänzen und umgekehrt. Gäste, Redner\*innen und Politiker\*innen müssen gleichermaßen in den Unterricht miteinbezogen werden. Insbesondere bei der Berufswahl muss den Schüler\*innen und Erziehungsberechtigten vermittelt werden, dass Berufe geschlechterunabhängig gewählt werden können. Es ist wichtig, dass Kinder insbesondere bei der Entscheidung zum beruflichen Werdegang von allen Seiten her kompetent unterstützt werden.

---

## SEXISMUS IN DEN MEDIEN

Frauen\*feindliche Kampagnen, sexistische Berichterstattung, das Erniedrigen lauter Frauen\*, Rape Culture und Victim Blaming prägen die Zuger Medienlandschaft seit Jahrzehnten. Die Medienlandschaft in Zug zeichnet sich nicht durch ihre Vielfalt aus. Im Gegenteil: Einige wenige Medien erhalten eine Übermachtstellung. Diese wird nicht etwa für eine kritische Berichterstattung gegenüber den herrschenden Strukturen genutzt, sondern dafür, Sexismus und Rassismus zu reproduzieren. Die Sprache der meisten Medien ist nicht gendergerecht, sodass in der Schreibweise Frauen\* weggelassen werden und höchstens mitgemeint sein können – aber das ist Interpretationssache. Hinzu kommt, dass Frauen\* und speziell queere Frauen\*, Migrant\*innen und Frauen\* of Colour viel seltener Teil der Berichterstattung sind, und wenn über sie geschrieben wird, so stehen das Aussehen und Oberflächlichkeiten noch immer im Vordergrund. Dies liegt daran, dass Männer\* bewusst oder unbewusst mehr Fachkompetenz zugeschrieben wird, was diskriminierend und falsch ist. Frauen\* werden in der Öffentlichkeit anders bewertet. Während Männer als «führungsstark», «zielsicher» und «kommunikativ» beschrieben werden, erhalten Frauen\* in unzähligen Medienberichten stattdessen die Attribute «kontrollsüchtig», «intolerant» oder

«mediengeil». Deshalb reproduzieren die Medien in Zug Sexismus nicht nur, sondern verstärken und produzieren ihn sogar.

Eine besondere Form von Sexismus in den Medien sind Täter\*innen-Opfer-Umkehr oder Verharmlosungen von sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen. Diese gehören nicht in die mediale Berichterstattung. Sachverhalte werden meist nicht sachlich kommuniziert: ein Femizid ist zum Beispiel kein «Eifersuchtsdrama», eine Klage wegen Persönlichkeitsverletzung keine «Streiterei» und ein mögliches Sexualdelikt keine «Sex-Affäre». Genau wegen diesen sexistischen Kampagnen fühlen sich viele Frauen\* noch unsicherer, sich zu exponieren. Zusätzlich gibt es Frauen\*, die durch die Berichterstattung über sie in den Medien direkt gehemmt und gebremst wurden. Bis heute fehlt eine gerechte und ausgeglichene Wahl von Expert\*innen und Auskunftspersonen.

Medienschaffende, welche Parteien, Zünften oder Clubs angehören, können nicht unabhängig arbeiten, weshalb es wichtig ist, transparent mit dieser Zugehörigkeit umzugehen. Ausserdem fehlen Mechanismen und Spielregeln um Sexismus in Medienprodukten vorzubeugen. Schliesslich braucht es auch in den Medien einen höheren Frauen\*anteil an Medienschaffenden, um die thematische Ausrichtung von Medienerzeugnissen durch Männer\* aufzuwiegen.

Bis heute gibt es noch viel zu wenige Frauen\*, die in der Medienbranche arbeiten. Die Lohnungleichheit ist noch immer zu gross und der Schutz gegen sexuelle Belästigung zu klein, um nur einige Gründe für die Unterrepräsentation von Frauen\* in der Medienbranche zu nennen.

---

## SEXISMUS IN DER ETABLIERTEN POLITIK

Frauen\* sind in der Zuger Politik unterrepräsentiert und die politischen Strukturen sind frauen\*feindlich. Frauen\*, die im Kantonsrat, in Zeitungsberichten oder an Podien über Sexismus sprechen, wird vorgeworfen, dass sie nur jammern. Gleichstellung wird als Luxusproblem betitelt. Es hilft auch nicht, dass die Regierung keinen politischen Willen hat, das Thema ernst zu nehmen. Nach vier Stellungnahmen von Frauen\* zur Gleichstellung im Kantonsrat folgen mindestens acht Männer\* von bürgerlicher Seite, die meinen, das Thema lächerlich machen zu müssen. Das ist struktureller Sexismus und führt dazu, dass keine konstruktive Debatte zum Thema geführt werden kann. Es findet eine Debattenverweigerung durch das Abschweifen auf Nebenschauplätze statt, der sogenannte «Whataboutism». In vielen Diskussionen melden sich Frauen\* weniger oft und sprechen deutlich kürzer. Die Debatten sind somit immer noch von Männern\* dominiert. Frauen\* werden weniger dazu ermutigt zu sprechen, sondern es wird ihnen das Gefühl vermittelt, minderwertig zu sein und viel mehr machen zu müssen, um gleich gewertet zu werden wie ein Mann\*. Dazu kommt, dass die Gesellschaft weiterhin Frauen\* viel zu oft nach ihrem Aussehen beurteilt.

Die politische Arbeit ist strukturell immer noch auf Männer\* ohne Betreuungspflichten ausgelegt. So ist es für Frauen\* mit Betreuungspflichten schwierig, diese Aufgaben mit einem Parlamentsbetrieb und speziell auch den Kommissionssitzungen zu vereinbaren.

## QUEERFEMINISMUS

Die Sichtweise der angeborenen binären Geschlechteridentität, also der Gedanke, dass mensch entweder als Mann oder Frau geboren wird und dies fürs ganze Leben bleiben wird, entspricht sowohl auf biologischer wie auch gesellschaftlicher Ebene nicht der Realität. Ein Beispiel dafür sind intersex Menschen, die angeborene Merkmale besitzen, welche sich nicht klar in eine der beiden

Kategorien einordnen lassen. Ein anderes Beispiel sind trans Menschen, denen bei Geburt ein nicht-passendes Geschlecht zugewiesen worden. Zu trans Menschen gehören nicht nur trans Frauen und trans Männer, sondern auch nicht-binäre Menschen – Menschen also, die sich jenseits oder zwischen den Kategorien von Mann\* und Frau\* identifizieren.

Mit der Vorstellung der binären Geschlechtsidentität schränken wir nicht nur trans und intersex Menschen ein, sondern auch cis Menschen (also Menschen, die sich gemäss dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren). Wir ignorieren nicht nur die Realität der nicht-binären Person ohne Möglichkeit, einen passenden Geschlechtseintrag im Pass zu erhalten, sondern auch die Frau\*, die sich etwas «maskuliner» präsentiert, als sozial erwartet wird, und deswegen in der Frauen\*garderobe seltsame Blicke erntet. Geschlechtsidentität ist ein Spektrum, und keine Kategorie, und dies muss politisch und gesellschaftlich so repräsentiert werden - sei es im Pass, bei öffentlichen Toiletten oder in Garderoben.

Die Kombination von Sexismus, Homo- und Transphobie benachteiligt queere Frauen\*. Die Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität und oder der sexuellen Orientierung ist leider auch im Jahr 2021 immer noch ein grosses Problem, auch in Zug. So werden Personen beispielsweise konstant angestarrt, wenn sie mit der gleichgeschlechtlichen Partnerin\* handhaltend durch die Stadt gehen. Noch stärker ist die Benachteiligung von trans Menschen, welche bis mindestens 2017 vor Gericht mussten, um den Geschlechtseintrag im Pass zu ändern. Dabei konnten die Richter\*innen die Bedingungen setzen - bis hin zur Sterilisation. Für trans Frauen und homosexuelle Paare bedeutet das Recht auf Selbstbestimmung in der Reproduktion auch, weiterhin biologische Kinder haben zu dürfen.

Auch anderweitig sind queere Frauen\* geprägt von der noch patriarchalischen und heteronormativ geprägten Gesellschaft: In einer Gesellschaft, in der Frauen\* für Männer\* zu existieren haben, ist für frauen\*liebende Frauen\* kein Platz. Für frauen\*liebende Frauen\* ist die Unabhängigkeit der Frau\* eine Grundbedingung, um frei leben zu können. Eine Lebensplanung von Frauen\* mit Frauen\* bedingt die Möglichkeit der rechtlichen und finanziellen Unabhängigkeit der Frau\* vom Mann\*.

Zusätzlich haben viele queere Frauen\* Schwierigkeiten, ihre eigene Sexualität zu finden. Einerseits, da es immer noch nicht als normal gilt, als Frau\* andere Frauen\* zu lieben, und das Wissen darüber nicht standardmässig vermittelt wird. Auch die Option, keinerlei romantisches oder sexuelles Interesse zu haben, wird nicht vermittelt. Dazu kommt die Wahrnehmung von weiblicher Sexualität als Objekt, nicht Subjekt von Wünschen. Dies erschwert die Realisation, dass das fehlende Interesse an Männern\* nicht eine universelle Erfahrung ist, sondern eine beispielsweise lesbische oder asexuelle. Die Realisation als Frau\* andere Frauen\* zu lieben, ist nicht nur eine Erkenntnis zum bevorzugten Liebesleben, sondern auch die Realisation, dass das Leben dadurch deutlich schwieriger werden kann. Beinhaltet beispielsweise die Lebensplanung Kinder, ist das heute rechtlich immer noch nicht möglich: So wird homosexuellen Paaren die Adoption verweigert und die Samenspende ist eingeschränkt. Zwar hat das Parlament im Dezember 2020 endlich die «Ehe für alle» mit diesen Rechten (jedoch ohne Leihmutterchaft) verabschiedet, doch wird es wahrscheinlich eine Referendumsabstimmung geben. Auch das Wissen um mögliche Anfeindung oder Ausgrenzung ist belastend. In einer Gesellschaft ohne Benachteiligung von Frauen\* im Berufsleben sinkt zumindest die Benachteiligung durch tiefere Löhne und AHV beider Partnerinnen\*.

Eine Gesellschaft, die Frauen\* verachtet und benachteiligt, verstärkt auch anderweitig Probleme für queere Frauen\*. So werden gerade trans Frauen besonders angefeindet. Das liegt an mehreren Aspekten. Einer davon stammt aus der Haltung, dass Frauen\* als «weniger» gelten und somit die Transition von einer ursprünglich männlich sozialisierten Person ein Verzicht auf Privilegien bedeutet und somit als Bedrohung wahrgenommen wird. Dies geht völlig an der Realität vorbei, in der trans Frauen eine der am stärksten benachteiligten Gruppen sind. Offen als Frau\* zu leben beinhaltet sämtliche Nachteile durch Sexismus und dazu noch transphobe Anfeindungen. Durch das Narrativ der Bedrohung wird die Misshandlung von trans Frauen verstärkt. Sowohl Sexismus als auch Transphobie dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben.

Ebenfalls eine grosse Belastung für queere Frauen\* sind die überholten Geschlechterrollen. Sei es die Bedingung der Finität, die Verleugnung der eigenen Bedürfnisse oder die Definition einer Frau\* über Männer\*, als Ehefrau-Mutter-Tochter von einem Mann\*, engen alle ein, die ausserhalb dieser Rollen leben. Je stärker die Abweichung, desto stärker die Anfeindung. Diese kommt zum Teil auch von anderen Frauen\*, welche die Geschlechterrollen internalisiert haben.

Queere Frauen\* müssen als gleichwertige Frauen\* anerkannt werden und das unabhängig von ihrer Selbstpräsentation. Maskulin-gelesene Selbstpräsentation an sich ändert nichts an der Identität einer Person. Das gilt für frauenliebe Frauen\* genauso wie und insbesondere für trans Frauen. Die Anerkennung als Frau\* kann nicht weiterhin von überholten Geschlechterrollen und -präsentationen abhängig sein. Eine Frau\* ist, wer sich als Frau\* identifiziert, unabhängig von physischen Eigenschaften und Selbstpräsentation.

## GEWALT AN FRAUEN\*

In einer Gesellschaft, die auf Geschlechterdiskriminierung basiert, resultiert auch die Gewalt gegen Frauen\* aus diesem strukturellen Sexismus. Sexualisierte Gewalt ist kein Zufall: Fakt ist, Frauen\* werden 3.1-Mal häufiger Opfer von Gewalt (16). Trotz der Häufigkeit, in der Frauen\* davon betroffen sind, bleibt es ein Tabuthema. Betroffene Frauen\*, die öffentlich darüber sprechen, werden stark angegriffen. Es wird ihnen vorgeworfen, selber Schuld zu sein und es mit ihrem Verhalten provoziert zu haben. Eine Ausnahme bilden Erzählungen von Frauen\*, die in bestimmte Schemata passen, wie etwa dass der Belästiger\* respektive Vergewaltiger\* einen Migrationshintergrund hat. Dies liegt daran, dass bis heute in der Schweiz nicht verstanden wird, dass Sexismus in unserer Gesellschaft nicht importiert ist. Sexualisierte Gewalt dreht sich aber nicht nur um die Extremformen. Es fängt bei den anzüglichen Sprüchen, dem Pfiff, dem Nachlaufen oder einer ungewollten Berührung an: Es sind alles Grenzüberschreitungen, in denen sich Männer\* das Recht nehmen, Frauen\* an ihren Platz zu verweisen. Dieses machtlose Gefühl führt dazu, dass viele Frauen\* sich weder wehren noch rechtliche Schritte ergreifen.

In Zug gab es im Jahr 2019 nur wenig registrierte sexuelle Übergriffe und Gewalt (17). Die Dunkelziffer ist jedoch enorm hoch. Amnesty Schweiz hat 2019 eine Studie veröffentlicht, die besagt, dass jede fünfte Frau\* in der Schweiz sexuelle Gewalt erlebt hat (18). Wir müssen eine Gesellschaft schaffen, in der diese Geschehnisse nicht weiter in der Dunkelheit bleiben. Im Strafrecht ist heute nur strafbar, wenn sich die betroffene Person aktiv gewehrt hat und als Vergewaltigung gilt nur vaginale Penetration. Dies ist mitunter ein Grund warum so wenige Frauen\* überhaupt zur Polizei gehen oder Anzeige erstatten. Die Zahlen betreffend häusliche Gewalt im Kanton Zug waren in der Vergangenheit durchgehend schlecht; so kam 2018 die Polizei nicht mehr nach, die Fälle zeitnah zu

behandeln. Der Kanton hat im 2020 Stellen aufgestockt, doch wir sind überzeugt, dass es nicht reicht. Gerade während der Coronazeit sind Frauen\* noch viel immobiler und es gibt noch weniger Wege der häuslichen Gewalt zu entgehen. Leider kommt es gerade in der jetzigen Zeit zu mehr Konflikten, weil alle Familienmitglieder viel mehr Zeit zuhause verbringen und die Hürde, sich Hilfe zu holen, wächst.

## INTERSEKTIONALITÄT: RASSISMUS UND SEXISMUS

Viele Frauen\* müssen ihr Herkunftsland wegen sexueller Gewalt verlassen. Auf der Flucht erleben die meisten Frauen\* weitere Gewalt. Und auch im Ankunftsland erleben geflüchtete Frauen\* Gewalt, etwa in den Unterkünften des Bundes und der Kantone sowie wenn sie in den Befragungen der Migrationsbehörden ihre Erfahrungen erneut schildern müssen.

Das Aufenthaltsrecht von Migrantinnen\* hängt immer von deren Ehemännern\* ab – eine nicht akzeptable Logik. Schwarze Frauen\* und Frauen\* of Colour sind nebst alltäglichem Sexismus auch alltäglichem Rassismus ausgesetzt. Sei es beim Spaziergang durchs Quartier, auf der Tanzfläche oder bei der Arbeitssuche. Als nicht-weisse Frauen\* müssen sie sich ihr «Dazugehören» tagtäglich erkämpfen. Stellen sie die rassistische Deutungshoheit der Mehrheitsgesellschaft in Frage, so werden sie als «überempfindlich» verunglimpft.

## PINK TAX

Es gibt Dinge, auf die verzichtet werden kann. Und solche, bei denen keine Wahl bleibt – zumindest nicht bei Frauen\*. Tampons, Binden und Slipeinlagen gehören dazu. Monat für Monat fallen Kosten dafür an. Das läppert sich. Hinzu kommt der volle Steuersatz von 7,7 Prozent. Daran ist besonders stossend, dass Kaviar und Viagra laut Bund zu den «Produkten des täglichen Bedarfs» gehören und somit mit einem reduzierten Mehrwertsteuersatz von 2,5 Prozent besteuert werden (19). Dieses Phänomen nennt man «pink tax». Hygieneartikel sind somit keine Artikel des «täglichen Bedarfs» sondern «Luxusprodukte». Die weibliche Menstruation ist aber kein Luxus, sondern schlichter Alltag und Bedingung für die Reproduktion. Eine Frau menstruiert im Leben rund 450-mal, im Schnitt etwa fünf Tage pro Zyklus. Angenommen, sie verwendet vier Tampons pro Tag – Hersteller\*innen empfehlen, sie alle vier bis acht Stunden zu wechseln –, sind das 20 Tampons pro Monat und 9000 Tampons im Leben. Bei einer durchschnittlich teuren Marke kommen so Kosten in Höhe von rund 1392 Franken zusammen. Noch einmal so viel geben Frauen\* für Binden und Slipeinlagen aus. So gerechnet zahlt eine Frau\* rund 3000 Franken für ihre Periode. Bei vielen kommen noch Kosten für Schmerzmittel, therapeutische Massnahmen und Ärzt\*innenbesuche hinzu. Das summiert sich in einem Leben auf satte 23'500 Franken, wie eine Umfrage der britischen «Huffington Post» zeigt (20). Diese Kosten sind sexistisch, da sie Frauen\* diskriminieren (21). Schliesslich sind die hohen Kosten gerade für Frauen\*, die am Existenzminimum leben, ein wiederkehrendes Problem. Von dem von der Sozialhilfe budgetierten Betrag pro Haushalt für persönliche Pflege müssen Dienstleistungen wie der Friseur\*innen-Besuch bezahlt werden, aber auch Duschmittel und andere Körperpflegeprodukte, Medikamente, Pflaster – und eben Tampons, Binden oder Menstruationscups. Eine grössere Anzahl an Frauen\* im Haushalt erhöht den Betrag nicht. Die Vermutung liegt nahe, dass Mädchen\* aus ärmeren Familien während ihrer Periode notgedrungen der Schule fernbleiben, wozu es aber keine Zahlen gibt. In diesem Fall braucht es mehr als eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes (22).

## PARTIZIPATION

### GESCHICHTE DER VERHINDERUNG DES ZUGER FRAUEN\*STIMM- UND –WAHLRECHTS

Bis den Zuger Frauen\* die politische Partizipation zugestanden wird, dauert es lange. Unserer momentanen Situation geht eine lange Geschichte der Verhinderung der Partizipation voraus, die sich bis heute weiterzieht.

In Zug wird erst 1919 an der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Katholischen Frauenbundes über politische Mitbestimmung diskutiert, wobei es sich um den ersten formellen Zusammenschluss von Zuger Frauen\* überhaupt handelt. Allerdings steht im Zentrum des Vereins lediglich die Erhaltung und Förderung der christlichen-katholischen Lehre im privaten sowie im öffentlichen Leben. Immerhin wird nach dem Zweiten Weltkrieg das K von ZKF heimlich in "kantonal" umgedeutet. Bei der Ersten schweizerischen Ausstellung für Frauenarbeit (SAFFA) sind auch die Zuger Frauen\* vertreten. In den Zuger Zeitungen wird über den Auftritt des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht (SVF) kein Wort verloren, als wäre nichts geschehen. Bei der Abstimmung 1959 lehnen die stimmberechtigten Zuger Männer\* das Frauen\*stimm- und -wahlrecht mit 75,7% ab. Die beiden meinungsbildenden Kantonalparteien FDP und die heutige CVP hatten Stimmfreigabe respektive die Nein-Parole beschlossen. Im Vorfeld der Abstimmung hatte sich sogar ein überparteiliches Aktionskomitee gegen das Frauenstimmrecht gebildet. 1965 versuchte der Kantonsrat chancenlos mittels Motion und Postulat beim Regierungsrat das Frauen\*stimmrecht auf kantonaler Ebene einzuführen (23).

Am 7. Februar 1971 stimmen 59% des Zuger Stimmvolks – bekanntlich nur Männer\* – für die Annahme des Frauen\*stimm- und -wahlrecht auf allen Staatsebenen. Eine Stimmenmehrheit wird jedoch nur in vier Gemeinden erreicht. Eine Mehrheit lehnt die Gleichberechtigung der Zuger Frauen\* weiterhin ab (23).

Erst mit den Neuwahlen 1974 erhalten die Zuger Frauen\* die Möglichkeit, sich zur Wahl zu stellen. Immerhin werden sechs Frauen\* in den Gemeinderat der Stadt Zug gewählt und mit Margrit Spillmann (FDP) eine erste Zuger Kantonsrätin gestellt. Alle anderen Gemeinden bleiben in Männer\*hand. Ein Blick auf das 10. Jubiläumsjahr 1981 zeigt ein erschreckendes Bild. Im Regierungsrat wird weiter von Männern\* der Ton angegeben, keiner der sieben Sitze repräsentiert die Stimme der Zuger Frauen\*. Im Kantonsrat sind gerade mal 4 Frauen\* bei einer Gesamtratszahl von 80 und im Grossen Gemeinderat Zug immerhin 8 von 40 Sitzen von Frauen\* belegt. Weitere Jahre dauerte es, bis auch in den ersten Zuger Gemeinden überhaupt eine Frau\* als Gemeinderätin gewählt wird. Erneut ist es 1978 die Freisinnige Spillmann, die zur ersten Stadträtin ernannt wird (24). Erschreckend bleibt, dass erst im Jahre 1994 das Präsidium in Frauen\*hand gelegt wird, nämlich in Menzingen mit Anna Maria Staub. In Hünenberg präsierte Regula Hürlimann sogar erst im Jahr 2010.

Das 50-Jahr-Jubiläum ist eine Erinnerung, wie langsam es geht, wenn es in der Schweiz um Fortschritt im Thema Gleichstellung geht. Grund dafür sind die Konservativen, welche sich gegen jeden Fortschritt wehren. Alle Rechte, die wir Frauen\* heute haben, gab es nicht geschenkt, sondern wurden und werden von uns und Verbündeten gegen den Widerstand von rechts erkämpft.

## VERTRETUNG IN DER POLITIK

Die wenigsten Parteien schreiben gleich viele Männer\* wie Frauen\* auf ihre Wahlzettel. Speziell die obersten Listenplätze werden fast ausschliesslich von Männern\* besetzt. Aufgrund der weiblichen Untervertretung wären Frauen\* auf den oberen Plätzen unbedingt nötig. Eigene Frauen\*listen werden kaum geführt. Mit einer ausgewogenen Gestaltung ihrer Wahllisten können die Zuger Parteien für Chancengleichheit von Frauen\* und Männern\* bei Wahlen sorgen. Indem sie das untervertretene Geschlecht auf die obersten Listenplätze setzen, können sie aktiv dazu beitragen, dass die Legislativen und Exekutiven zukünftig ausgewogener zusammengesetzt sind. Jede stimmberechtigte Person kann Frauen\* auf ihren Wahlzettel setzen und damit ganz unmittelbar für eine bessere Vertretung der Frauen\* in politischen Ämtern sorgen.

Aktuell wird die Zuger Bevölkerung nicht gleichmässig von Parlamentarier\*innen vertreten. Die Männer\* bilden mit 59 Personen eine deutliche Mehrheit gegenüber ihren 21 weiblichen Ratskolleginnen\* (Stand 05.02.2021). Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass mit Esther Haas für zwei Jahre das Ratspräsidium in Frauen\*hand liegt. Leider hat sich im Vergleich zur letzten Legislatur kaum etwas verändert und unsere Forderungen wurden nicht gehört. Im Regierungsrat sieht es noch schlimmer aus: lediglich eine Frau sitzt in der 7-köpfigen Exekutive. Im Grossen Gemeinderat Zug (GGR) besteht ein Geschlechterverhältnis von 3 zu 1, resp. 30 zu 10 Sitzen (Stand 05.02.2021). Immerhin hat mit Tabea Zimmermann Gibson auch hier eine Frau\* das Ratspräsidium inne für die Jahre 2021 und 2022. Wir haben uns sehr gefreut, dass im Wahlherbst 2019 mit Manuela Weichelt-Picard endlich erstmals eine Zuger Frau\* nach Bern gewählt wurde, was unmittelbar zu einer besseren Vertretung der Frauen\* in politischen Ämtern gesorgt hat. Tatsache ist aber auch, dass wir im Kanton Zug für den Ständerat noch nie eine Frau\* nach Bern gewählt haben.

In Zug gibt es genug engagierte Politiker\*innen und Expert\*innen. Deshalb kann es nicht sein, dass weiterhin "all male panels" stattfinden. Es muss immer mindestens eine Politikerin\* oder Expertin\* eingeladen werden und teilnehmen. Bei politischen Debatten müssen alle Geschlechter gleichermaßen zu Wort kommen und die Zuger Bevölkerung repräsentativ vertreten werden.

## VERTRETUNG IN DER WIRTSCHAFT

Grundsätzlich sind die Arbeitsbedingungen heutzutage immer noch familienunfreundlich. Flexible Arbeitszeitmodelle, Teilzeitpensen, Jobsharing und Homeoffice werden kaum genutzt, um zeitgenössische Arbeitsbedingungen für Frauen\* und Männer\* zu garantieren. Nach wie vor sind Frauen\* in der Wirtschaft in Führungspositionen, insbesondere in den Geschäftsleitungen und Verwaltungsräten, unterverteuten, wie Statistiken deutlich zeigen. Dies obwohl Studien belegen, dass ein gewisser Frauen\*anteil in der Führungsetage massgeblich zum Erfolg eines Unternehmens beiträgt, zum Beispiel die von McKinsey. Viele Zuger Unternehmen und Firmen repräsentieren somit ein veraltetes und überholtes Bild von Frauen\*. Gemischte Teams arbeiten innovativer und können insbesondere den Ansprüchen der Kund\*innen besser gerecht werden. Gerade Kund\*innen wollen repräsentiert und erst genommen werden. Auch Frauen\* wollen und können in Unternehmen in Führungspositionen aufsteigen, wenn mensch sie lässt. Hier bedarf es einer gezielten internen Förderung junger Frauen\*. Das Potenzial an talentierten und gut ausgebildeten Frauen\* muss ausgeschöpft werden.

## VERTRETUNG IN DER KULTUR

Künstlerinnen\* verdienen für gleiche Arbeit weniger als ihre männlichen Kollegen. Sie werden seltener mit Preisen ausgezeichnet, erhalten weniger Residenzstipendien und führen seltener Kulturinstitutionen. Dies, obwohl an Kunsthochschulen ähnlich viele weibliche Studierende eingeschrieben sind wie männliche. Die Arbeitsbedingungen sind hart und flexibel und Veranstaltungen finden fast ausschliesslich abends statt. Für Künstlerinnen\* mit Kindern ist dies eine besondere Herausforderung. Heutige Modelle der Kinderbetreuung wie Krippen sind nicht auf solche Unregelmässigkeiten ausgerichtet. Alternative private Kinderbetreuung kostet viel Geld und gerade daran mangelt es Künstlerinnen\* häufig, denn sie sind nicht nur schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen, die Kulturbranche bewegt sich allgemein auf tiefem Lohnniveau. Deshalb sind Lohntransparenz in allen Kulturbetrieben, gleiche Gagen für Künstlerinnen\* und Künstler\*, flexiblere Kinderbetreuungsangebote, Kinderzulagen für Auslandsaufenthalte oder mehr Auszeichnungen für Frauen\* extrem wichtig.

Künstlerisches und kulturelles Schaffen werden, insbesondere von Frauen\*, häufig als Zeitvertreib und nicht als echter Beruf angesehen. Im Laufe der Geschichte bis heute wurden Frauen\* meistens unsichtbar gemacht, die Titel und Ehrungen als „grosse Künstler“ blieben den Männern\* vorbehalten. Dem ist aber nicht so. Die Kunst von Frauen\* ist gleichermassen Teil unserer Kultur und unseres historischen Gedächtnisses und verdient einen gleichwertigen Platz neben dem der Männer\*. Auch in Kunst und Kultur muss sich die Gesellschaft widerspiegeln. Frauen\* in Kunst und Kultur verdienen mehr Sichtbarkeit. In Museen werden mehrheitlich Männer\* ausgestellt und Einzelausstellungen widmen sich noch seltener Frauen\*. Bei Konzerten, Theaterstücken und Lesungen werden mehrheitlich die Werke von Männern\* präsentiert. Diese geschlechtsbezogene Diskriminierung, dieser Ausschluss aus der Kultur und aus dem historischen Gedächtnis muss ein Ende haben.

## FORDERUNGEN

### ÖKONOMISCHE SITUATION

Wir fordern vom Kanton Zug die Wiedereinführung des kantonalen Gleichstellungsbüros und der Gleichstellungskommission.

### LOHNUNGLEICHHEIT

Wir fordern vom Kanton Zug die Umsetzung von griffigen Massnahmen zur Lohngleichheit, wie systematische Lohnkontrollen und Lohntransparenz. Der Kanton muss hier einen Effort leisten, damit die Lohngleichheit in Zug bald erreicht wird.

Wir fordern vom Kanton Zug die Einführung eines kantonalen Mindestlohns für alle Geschlechter.

### UNTERBEZAHLTE FRAUEN\*BERUFE

Wir fordern vom Kanton Zugsichere Arbeitsverträge für Frauen\* in allen Branchen.

Wir fordern faire Löhne und bessere Arbeitsbedingungen für unterbezahlte Frauen\*berufe im Kanton Zug und somit eine Abschaffung sexistischer und rassistischer Lohngefälle.

Wir fordern eine «25 Stunden»-Woche bei gleichbleibendem Lohn.

Wir fordern eine kantonale Elternzeit. Davon sind je 6 Wochen für jeden Elternteil reserviert. Die restlichen 12 Wochen können die Eltern frei unter sich aufteilen. Zusätzlich fordern wir einen Ausbau des Mutterschaftsschutzes auf mindestens 16 Wochen.

Wir fordern eine substanzielle Erhöhung der AHV-Renten, damit die AHV endlich ihren Verfassungsauftrag, die Deckung des Existenzbedarfs, wahrnehmen kann.

Wir fordern, dass die Diskriminierungen gegenüber Frauen\* in der 2. Säule korrigiert werden.

Wir fordern, dass die Deckung der 2.Säule überarbeitet wird, um die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere die Teilzeitarbeit, besser berücksichtigen zu können. Wir fordern eine Analyse der kantonalen Finanzen nach Geschlechtern, das sogenannte Genderbudgeting.

### CARE ÖKONOMIE: OHNE UNS STEHT ALLES STILL

#### UNBEZAHLTE CARE-ARBEIT

Wir fordern vom Kanton Zug, dass Care-Arbeit mehr Anerkennung erhält und finanziell besser abgesichert ist.

Wir fordern vom Kanton Zug eine finanzielle Entschädigung für pflegende Angehörige nach effektiv geleistetem Aufwand.

Wir fordern vom Kanton Zug Betreuungsurlaub für pflegende Angehörige mit einer garantierten Lohnfortzahlung.

Wir fordern vom Kanton Zug Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Angehörigenbetreuung und Erwerbsarbeit.

Wir fordern vom Kanton Zug gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Information durch Gesundheitsdienste (Krankenhäuser, Hausärzt\*innen, Spitex usw.) über finanzielle Entlastung, rechtliche Möglichkeiten und Informationsplattformen für pflegende Angehörige.

Wir fordern, dass sich die Männer\* zu gleichen Teilen an der Care Arbeit beteiligen und dazu vom Kanton und der Gesellschaft ermutigt werden.

Wir fordern, dass Mütter\* – insbesondere Alleinerziehende – vom System gestützt werden und nicht mehr automatisch in der Armutsfalle landen.

## PFLEGE

Wir fordern faire GAVs für alle Pflege- und Betreuungsinstitutionen. Der Kanton soll Unternehmen und Arbeitnehmer\*innen in den Bemühungen unterstützen.

Wir fordern endlich Lohnerhöhungen und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal, welche tatsächlich der Verantwortung und der Dauerbelastung dieses Berufes entsprechen.

Wir fordern, dass die Aus- und Weiterbildung in der Pflege staatlich unterstützt wird sowie eine Erhöhung des Ausbildungslohns.

Wir fordern eine maximale Anzahl von Patient\*innen, für welche eine Pflegefachperson zuständig ist, und eine Finanzierung der Pflegeleistungen entsprechend dem tatsächlichen Pflegeaufwand.

Wir fordern vom Kanton Zug genügend subventionierte Pflege- und Betreuungsinstitutionen.

Wir fordern, dass der Kanton Zug die Auswirkungen der Privatisierung von sozialen Institutionen und dem Gesundheitswesen untersucht. Insbesondere die gesundheitlichen sowie ökonomischen Auswirkungen auf die Arbeitnehmer\*innen sowie die negativen Auswirkungen auf die Menschen, die auf diese Institutionen angewiesen sind.

Wir fordern den Kanton dazu auf, für eine nächste Pandemie ein Worst-Case-Szenario auszuarbeiten. Im Gremium sollen Fachleute aus den betroffenen Berufen, sowie Personen aus verschiedenen Lebensbereichen mitentscheiden können. Das Gremium soll aus mindestens 50% Frauen\* bestehen.

## KINDERBETREUUNG

Wir fordern einen fairen GAV für alle Institutionen die Kinderbetreuung anbieten. Der Kanton soll Unternehmen und Arbeitnehmer\*innen in den Bemühungen unterstützen.

Wir fordern, dass im Kanton Zug die familienergänzende Kinderbetreuung in das öffentliche Bildungsangebot integriert wird, so dass sie zum frei zugänglichen Service Public gehört.

Wir fordern, dass der Kanton Zug die Auswirkungen der Privatisierung von Krippen untersucht.

## CARE MIGRATION

Wir fordern einen echten Zugang für Migrantinnen\* zum Bildungs- und Rechtssystem ebenso wie die Anerkennung ihrer Diplome.

Wir fordern, dass der Status der Sans-Papiers\* geregelt wird, ohne dass die Betroffenen Angst vor einer Abschiebung haben müssen.

## SEXISMUS

### SEXISMUS IM BILDUNGSSYSTEM

Wir fordern, dass Zuger Schulen als ein Ort der Bildung zu Emanzipation, kritischem Denken und Gleichstellung sowie einvernehmlichem Handeln, sexueller Vielfalt und gegenseitigem Respekt beitragen.

Wir fordern, dass Zuger Schulen über die verschiedenen Sexualitäten und Geschlechteridentitäten in den verschiedenen Fächern aufklären müssen, um Vorurteilen und Diskriminierung entgegenzuwirken und damit sich die Schüler\*innen unabhängig des zugewiesenen Geschlechts entfalten können.

Wir fordern, dass bereits auf der Primarstufe das Konsensprinzip («Nur Ja heisst Ja») verankert wird und Kinder lernen, dass nur ein Ja einen echten Konsens bewirkt.

Wir fordern eine Sprachförderung in Schulen für das Lehrpersonal, um unsere Sprache feministischer zu machen und auf den Zusammenhang von Spracherwerb, Sprachgebrauch und Macht hinzuweisen.

Wir fordern die Einführung der Möglichkeit eines neutralen Geschlechtseintrages (Geschlecht X) an Zuger Schulen, um so eine Diskriminierung und Stigmatisierung der Schüler\*innen zu verhindern.

Wir fordern die Zuger Schulen auf, geeignete Anlaufstellen zur Verfügung zu stellen und Präventionsarbeit zu leisten, damit Schüler\*innen bei Fragen, Unsicherheiten und Diskriminierung professionelle Unterstützung erfahren.

Wir fordern, dass an Zuger Schulen Rollenbilder im Unterricht thematisiert werden und Frauen\* in den verschiedenen Fächern als historische Figuren und Vorbilder behandelt werden.

Wir fordern, dass im Geschichtsunterricht an Zuger Schulen die Geschichte der Frauen\*rechtsbewegung in Zug Unterrichtsinhalt ist.

Wir fordern, dass Gästinnen\*, Rednerinnen\* und Politikerinnen\* gleichermaßen in den Unterricht miteinbezogen werden.

Wir fordern die Zuger Schulen auf, ihre Akzeptanz, Nichtdiskriminierung, Integrität aller Geschlechter und sexuellen Orientierungen in ihren Leitbildern einzufordern und Verstösse zu ahnden.

### SEXISMUS IN DEN MEDIEN

Wir fordern von den Zuger Medien in der medialen Berichterstattung eine Gleichbehandlung aller Geschlechter und ein Ende des Sexismus.

Wir fordern von den Zuger Medien Transparenz bezüglich Partei-, Club-, und Zunft-Zugehörigkeiten ihrer Medienschaffenden.

Wir fordern alle Zuger Medienschaffenden dazu auf, Probleme und Sachverhalte beim Namen zu nennen, anstatt klickpotente Stigmatisierungen zu festigen.

Wir fordern von allen Zuger Medien eine gerechte und ausgeglichene Wahl von Expert\*innen und Auskunftspersonen.

Wir fordern besseren Schutz und faire Arbeitsbedingungen für weibliche Medienschaffende.

### SEXISMUS IN DER ETABLIEREN POLITIK

Wir fordern, dass die Zuger Politik Gleichstellung ins Zentrum stellt, denn sie soll die Grundlage unserer Gesellschaft und Politik sein.

Wir fordern, dass in der freien Debatte im Kantons- und Grossen Gemeinderat des Kantons Zug und den Gemeindeversammlungen der Zuger Gemeinden abwechselnd Männer\* und Frauen\* sprechen und darauf hingewiesen wird, wenn der Redeanteil unausgeglichen ist.

Wir fordern Mittel vom Kanton Zug für einen regelmässigen informellen Austausch zwischen Parlamentarierinnen\* und Exekutivpolitikerinnen\*.

Wir fordern vom Kanton Zug Unterstützung für Parlamentarier\*innen mit Betreuungspflichten, damit auch sie an den Kantonsrats- und Kommissionssitzungen teilnehmen können.

Wir fordern vom Kanton Zug eine Vertretungsregelung für Paramente und Exekutiven, um speziell werdende Mütter und solche die gerade entbunden haben zu entlasten.

### SEXUALITÄT/ QUEER/ LGTBQIA+

Wir fordern die Öffnung der Geschlechter und neue Optionen beim Geschlechtseintrag in staatlich-rechtlichen Dokumenten, zum Beispiel das Geschlecht X. Es muss die Möglichkeit bestehen, den eigenen Geschlechtseintrag und den eigenen Namen schnell und mühelos amtlich ändern zu lassen.

Wir fordern ein Ende der Diskriminierung und somit eine Antidiskriminierungsnorm für trans Menschen – analog zur bestehenden Antidiskriminierungsnorm aufgrund der sexuellen Orientierung - und eine strenge Ahndung von Verleugnung, Herabsetzung und Diskriminierung von Menschen wegen ihrer (a)sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität.

Wir fordern, dass schwule und bisexuelle Männer\* sofort zur Blutspende zugelassen werden.

Wir fordern Schutz und Anlaufstellen. Der Kanton Zug muss Kampagnen zur Prävention von Suizid und Depressionen bei LGBTQIA+ Menschen fördern und finanzieren. Ebenso muss er Anlaufstellen für LGBTQIA+ Anliegen schaffen. Intersex Personen müssen ab dem Moment ihrer Geburt geschützt sein und dürfen keinen unfreiwilligen „Anpassungsoperationen“ unterzogen werden.

### GEWALT AN FRAUEN\*

Wir fordern alle Mitglieder unserer Zuger Gesellschaft auf, gegen frauen\*verachtende Äusserungen und gegen sexuelle Belästigung in jeder Form unmittelbar einzuschreiten.

Wir fordern vom Kanton Zug mehr Mittel für die Prävention und Bekämpfung von Gewalt an Frauen\*.

Wir fordern vom Kanton Zug mehr Mittel für Frauen\*häuser und andere Anlaufstellen.

Wir fordern vom Kanton Zug eine ganzheitliche Sexualaufklärung nach WHO-Standards sowie Bildung zur Gleichstellung der Geschlechter im Sinne einer Gewaltprävention für alle Zuger\*innen.

Wir fordern eine spezialisierte Erste-Hilfe im Kanton Zug, bei der auch die Beweise gesichert werden können, ohne dass die Betroffenen sich entscheiden müssen, ob sie eine Anzeige machen wollen oder nicht.

Wir fordern vom Kanton Zug eine professionelle telefonische 24h-Beratung für alle Betroffenen.

Wir fordern vom Kanton Zug genügend Ressourcen für eine spezialisierte Beratung und Schutz für alle Betroffenen in Zug.

Wir fordern vom Kanton Zug eine Alterspflege, die sensibilisiert auf Traumata ist und gewaltpräventive Unterstützung leistet.

Wir fordern aussagekräftige und relevante Datenerhebungen und Forschungen für den Kanton Zug zu sexistischer Gewalt.

Wir fordern vom Kanton Zug Leitlinien und obligatorische Weiterbildungen für die Angestellten der Zuger Behörden und Anwält\*innen, damit eine Strafverfolgung frei von Vorurteilen und Stereotypen zu sexualisierter Gewalt gewährleistet ist.

#### INTERSEKTIONALITÄT: RASSISMUS UND SEXISMUS

Wir fordern vom Kanton Zug spezialisierte Unterstützung für Migrantinnen\*, die Gewalt im Ausland erfahren.

Wir fordern, dass frauen\*spezifische Fluchtgründe in der Schweiz voll und ganz anerkannt werden, und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis. Der Kanton Zug muss diese Forderungen unterstützen.

Wir fordern, dass die verschiedenen Ebenen von Gewalt gegen migrierte Frauen\* sichtbar gemacht und als Problem anerkannt werden und der Kanton Zug diese Forderung unterstützt.

Wir fordern ein Bleiberecht für alle geflüchteten Frauen\* unabhängig von Familienstand, Hautfarbe, Nationalität, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder religiöser Überzeugung und dass der Kanton Zug diese Forderung unterstützt.

Wir fordern vom Kanton ein Ende von Rassismus an schwarzen Frauen\* und Frauen\* of Colour, der durch den Sexismus noch verstärkt wird.

#### PINK TAX

Wir fordern den reduzierten Mehrwertsteuersatz von 2,5 Prozent für Menstruationsprodukte und dass der Kanton Zug diese Forderung auf nationaler Ebene unterstützt.

Wir fordern vom Kanton Zug, dass Menstruationsprodukte unentgeltlich an öffentlichen Einrichtungen abgegeben werden, insbesondere an Schulen.

#### PARTIZIPATION

##### VERTRETUNG IN DER POLITIK

Wir fordern alle Parteien auf, auf ihren Wahllisten zu gleichen Anteilen Frauen\* und Männer\* zu portieren und ihnen chancengleiche Listenplätze anzubieten.

Wir fordern die Zuger Parteien auf, bei den nächsten Wahlen im Herbst 2022 sich dafür einzusetzen, dass Frauen\* in den verschiedenen Gremien gleichwertig vertreten werden und so auch die tatsächliche Zusammensetzung der Zuger Bevölkerung repräsentieren.

Wir fordern, dass die Zuger Bevölkerung endlich die erste Frau\* als Ständerätin nach Bern entsendet.

Wir fordern die Zuger Bevölkerung auf, zu gleichen Anteilen Frauen\* und Männer\* in die Legislativen und die Exekutiven, der Gemeinden, des Kantons und des Bundes zu wählen.

Wir fordern, dass alle Zuger Parteien Frauen\* politisch aufbauen und sie bei ihren politischen Ambitionen unterstützen.

Wir fordern, dass im Kanton Zug keine "all male panels" mehr stattfinden dürfen.

### VERTRETUNG IN DER WIRTSCHAFT

Wir fordern alle Zuger Unternehmen auf, familienfreundliche Arbeitsbedingungen einzuführen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu garantieren.

Wir fordern Zuger Unternehmen dazu auf, mit flexiblen Arbeitszeiten, einer zeitgemässen Unternehmenskultur und einem familienfreundlichen Konzept Frauen\* in Führungspositionen zu unterstützen.

Wir fordern Zuger Unternehmen dazu auf, mit konkreten Massnahmen und Richtlinien das Ziel eines gleichwertigen Frauen\*anteils in Führungspositionen zu verwirklichen.

Wir fordern Zuger Unternehmen dazu auf, sich klar gegen Diskriminierung an Frauen\* in Führungspositionen zu positionieren.

### VERTRETUNG IN DER KULTUR

Wir fordern, dass über geschlechtsbezogene Diskriminierungen in Kulturinstitutionen wie auch in den öffentlichen Einrichtungen und Ausbildungsstätten breit und offen informiert wird.

Wir fordern gleichwertige Sichtbarkeit in Kunst und Kultur für alle Geschlechter.

Wir fordern, dass kulturelle Institutionen und Medien bei Stellenbesetzungen, Mandaten und Preisvergaben allen Geschlechtern gleichwertige Löhne bezahlen und sie ihre Arbeit gleichermassen wertschätzen.

## LITERATURVERZEICHNIS

1. UN Women. <http://www.unwomen.org/en/what-we-do/economic-empowerment/facts-and-figures>.
2. Reddy, Sudeep. Women Hold Just One Percent Of The World's Wealth: World Bank. *Huffpost*. [https://www.huffpost.com/entry/women-make-only-1-percent-wealth\\_n\\_969439](https://www.huffpost.com/entry/women-make-only-1-percent-wealth_n_969439), 19. 11 2011.
3. Feministische Fakultät. [https://feministische-fakultaet.org/wp-content/uploads/2020/09/Makroskandal\\_100.pdf](https://feministische-fakultaet.org/wp-content/uploads/2020/09/Makroskandal_100.pdf).
4. Bundesamt für Statistik. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/loehner-erwerbseinkommen-arbeitskosten/lohniveau-schweiz/lohnunterschied.html>.
5. Gleichstellungsgesetz. <https://www.gleichstellungsgesetz.ch/d103-1750.html>.
6. Kantonsratgeschäfte. <https://kr-geschaefte.zug.ch/gast/geschaefte/2053>.
7. Fachstelle für Statistik, Kanton Zug. <https://www.zg.ch/behoerden/gesundheitsdirektion/statistikfachstelle/themen/arbeitsmarkt/lohn>.
8. Miller, Claire Cain. As Women Take Over a Male-Dominated Field, the Pay Drops. *NY Times*. 20.03.2016, <https://www.nytimes.com/2016/03/20/upshot/as-women-take-over-a-male-dominated-field-the-pay-drops.html>.
9. OECD. PF3.4 Childcare Support. 2017. [http://www.oecd.org/els/soc/PF3\\_4\\_Childcare\\_support.pdf](http://www.oecd.org/els/soc/PF3_4_Childcare_support.pdf).
10. Fachstelle für Statistik, Kanton Zug. Arbeitsmarkt. <https://www.zg.ch/behoerden/gesundheitsdirektion/statistikfachstelle/themen/arbeitsmarkt>.
11. Bundesamt für Statistik. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/soziale-sicherheit/berichterstattung-altersvorsorge/neurentenstatistik.assetdetail.12887185.html>.
12. Gerber, Nadine. 38 Prozent aller Frauen haben keine Pensionskasse. *SRF*. 11.7.2014, <https://www.srf.ch/news/schweiz/38-prozent-aller-frauen-haben-keine-pensionskasse>.
13. Obsan und GDK. *Berufsaustritte von Gesundheitspersonal*. Obsan Bulletin, 2016. [https://www.obsan.admin.ch/sites/default/files/publications/2016/obsan\\_bulletin\\_2016-07\\_d.pdf](https://www.obsan.admin.ch/sites/default/files/publications/2016/obsan_bulletin_2016-07_d.pdf).
14. Bundesamt für Statistik. *Pflegefachpersonal 2018*. 2020. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/gesundheit/gesundheitswesen/beschaeftigung-berufe-gesundheitsbereich.assetdetail.13267934.html>.
15. Jobradar. 2020.
16. Bundesamt für Statistik. *Polizeilich registrierte häusliche Gewalt*. Bern : Übersichtspublikation BFS, 2012.
17. Varisco, Tijana Nikolic und Vanessa. «Zuerst war ich erstarrt, dann schrie ich» – Wie oft werden Vergewaltigter im Kanton Zug erfolgreich gefasst? . *Zuger Zeitung*. 23.11.2020. <https://www.luzernerzeitung.ch/zentralschweiz/zug/zuerst-war-ich-erstarrt-dann-schrie-ich-wie-oft-werden-vergewaltigter-im-kanton-zug-erfolgreich-gefasst-ld.2067206>.
18. gfs.bern. Sexuelle Gewalt in der Schweiz. 2019. <https://cockpit.gfsbern.ch/de/cockpit/sexuelle-gewalt-in-der-schweiz/>.

19. Helmi, Jara. SP Luzern fordert gratis Tampons – der ewige Kampf um die kostenlosen Hygieneartikel. *watson*. 2020. <https://www.watson.ch/schweiz/international/144650600-tamponsteuer-in-der-schweiz-der-ewige-kampf-um-die-senkung>.
20. Moss, Rachel. Women Spend More Than £18,000 On Having Periods In Their Lifetime, Study Reveals. *The Huffington Post*. [https://www.huffingtonpost.co.uk/2015/09/03/women-spend-thousands-on-periods-tampon-tax\\_n\\_8082526.html](https://www.huffingtonpost.co.uk/2015/09/03/women-spend-thousands-on-periods-tampon-tax_n_8082526.html), 2015.
21. Freigang, Caroline. Mehrwertsteuer auf Tampons soll sinken. *Beobachter*. 2019. <https://www.beobachter.ch/konsum/die-blutsteuer-wackelt-mehrwertsteuer-auf-tampons-soll-sinken>.
22. Kuster, Jeanette. Gratis Binden für alle! *Tages Anzeiger*. 2020. <https://blog.tagesanzeiger.ch/mamablog/index.php/89254/gratis-binden-fuer-alle/>.
23. Zug, Stadtarchiv und Zug, Bibliothek.
24. Frauenstimmrecht Zug. <https://www.frauenstimmrecht-zug.ch/>.